

DIE LINKE.



Rote Krähe

Ausgabe März 2018

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

... und noch immer viel zu tun!

Als im November 1918 das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt wurde, markierte das auch den Beginn der ersten deutschen Demokratie überhaupt. Betrachtet man aber die Errungenschaften der Frauen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung bis heute, so ist fraglich, ob ein Wahlrecht automatisch die Option auf eine frauenfreundliche Politik enthält.

Gerade kämpfen Politikerinnen auf Bundesebene um die Abschaffung des Paragraphen §219a, nach dem Ärztinnen und Ärzte nicht öffentlich darüber informieren dürfen, dass sie Abtreibungen als Dienstleistung anbieten. Noch im Dezember ist die Frauenärztin Kristina Hänel zu 6000 Euro Strafe verdonnert worden, weil sie auf ihrer Homepage offiziell anbot, über den Ablauf von Abtreibungen zu informieren. Ein absolut frauenverachtender Paragraph, der das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stark einschränkt. Dies nur als kleines Spotlight auf einen der vielen Kämpfe, die noch immer für Frauenrechte geführt werden müssen. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, noch immer sind die klassischen Frauenberufe wie Krankenschwester, Altenpflegerin, Erzieherin die am schlechtesten bezahlten Berufe, bei höchster gesellschaftlicher Relevanz und gleichzeitig niedriger gesellschaftlicher Anerkennung. Noch immer ist Kinderziehen hauptsächlich Frauensache und ein großer Armutsfaktor, noch immer gibt es

zu wenig Arbeitszeitmodelle, nach denen sich sowohl Männer als auch Frauen auf gleiche Weise an der Kinderziehung beteiligen können. Neben der Veränderung der ökonomischen Situation geht es aber auch darum, wie es sich mit der Wahrnehmung von Frauen als gleich gestellte Mitglieder der Gesellschaft verhält – zum Beispiel auf Sparkassen-Formularen: Hier hat sich eine 80-jährige Vorkämpferin hervor getan, die auf solchen Formularen bitteschön gerne als KundIN und nicht als KundE, bitte als SparerIN und nicht als SparER angesprochen werden möchte. Marlies Krämer hat ihre Sparkasse verklagt und das Urteil des Bundesgerichtshofs am 13. März könnte weitreichende Folgen für die Rechts- und Formularensprache der Kreditinstitute haben. „Ich sehe das überhaupt nicht mehr ein, dass ich als Frau totgeschwiegen werde“ sagt sie. Ihre Klage war in den Vorinstanzen erfolglos. Beim Landgericht Saarbrücken hieß es, die Texte würden durch die Verwendung beider Geschlechter nur noch komplizierter. Zugleich verwies das Gericht darauf, dass die männliche Form schon „seit 2000 Jahren“ im allgemeinen Sprachgebrauch bei Personen beiderlei Geschlechts als Kollektivform verwendet werde. Diese Reaktion zeigt, dass es noch sehr viel zu tun gibt, was das Bewusstsein für eine sprachliche Gerechtigkeit für alle Geschlechter angeht

KV

Julia Suermond

KLAGE ERFOLGREICH

Unsere Ratsfraktion will bei den Personalmitteln gerecht behandelt werden. Das Verwaltungsgericht gibt uns Recht!

Seite 2

LUXUSWÄRMESTROM

Die steigenden Energiepreise stellen für viele Krefelder Haushalte ein echtes Problem dar. Über Stromsperren und Gegenmaßnahmen.

Seite 3

WIR SIND AFRIN

Krefelder Kundgebungen gegen die Angriffe des Erdogan-Regimes auf die Kurden in Afrin und gegen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei.

Seite 4

DÖNER FÜR ERDOGAN?

Krefelder Rechtspopulisten rufen auf, keine Döner bei Türken zu kaufen, da damit Erdogan unterstützt würde. Eine Richtigstellung von uns.

Seite 5

SÜNDEBOCK

Migrantenkinder sind nicht schuld am sinkenden Lernniveau in den Grundschulen. Das System Schule muss angepasst werden.

Seite 6

UNSICHTBARE MACHT

Wie uns der Neoliberalismus zu gefügigen und systemtreuen Menschen machen will kann, niemand besser erklären als Dr. Rainer Mausfeld.

Seite 7

„Es gibt Gute, Böse und Krefelder“ hat der Krefelder Künstler Fritz Huhnen gesagt. Wir sagen es gibt auch ein Krefelder Demokratie-Verständnis irgendwo jenseits von gut und böse. Zumindest in der Krefelder Stadtverwaltung.

Schon in der letzten Legislaturperiode hatte die Stadtverwaltung unserem damals alleinigen Ratsherren Basri Cakir das Antragsrecht aberkennen wollen. Er legte dagegen Klage ein und das Verwaltungsgericht gab ihm recht. Doch bis zum Gerichtsurteil verging natürlich sehr viel Zeit, in der Basri Cakir seiner politischen Arbeit nur eingeschränkt nachgehen konnte, weil ihm die Verwaltung nicht zugestand, Anträge zu stellen. Dass wir in unserem Handlungsspielraum eingeschränkt und benachteiligt werden, darum geht es auch in dieser Legislaturperiode: Im Vergleich zu den anderen Krefelder Ratsfraktionen bekommt unsere Fraktion eklatant viel weniger Fraktionszuwendungen. Die Differenz der Zuwendungen zum Beispiel zur FDP-Fraktion steht in keinem Verhältnis mehr dazu, dass wir nur ein Mandat weniger im Rat sitzen haben. Das hat Auswirkungen auf die Ausstattung mit Fraktionsmitarbeiter*innen und deren Gehaltsstufe. Dies wiederum hat Auswirkungen darauf, wie gut wir unsere Arbeit machen können. Die Verwaltung erklärte dies bislang damit, dass man ja schließlich irgendwo anfangen müsse zu sparen. Das sei dann eben in diesem Fall DIE LINKE. Ratsfraktion. Das Verwaltungsgericht staunte nicht schlecht über die Willkür der Verwaltung, als wir gegen diese ungerechte Verteilung Klage einreichten. Die Düsseldorfer Richter bezeichneten die Praxis der Bemessung der Höhe der Zuschüsse an die Ratsfraktionen als unzulässig, wenig transparent und nicht nachvollziehbar.

Dann gibt es noch ein ganz besonderes Krefelder Special, das die demokratische Kontrolle durch den Rat quasi aushebelt: Mit den Geschäftsführern fast ALLER Fraktionen hat die Stadtverwaltung einen Vertrag abgeschlossen, nach dem diese den Geschäftsführer nach Ende seiner Tätigkeit in der Fraktion in ein neues Arbeitsverhältnis übernimmt. Die Verwaltung ist damit sein potentieller zukünftiger Arbeitgeber. Da aber ein Fraktionsgeschäftsführer mit

seiner Fraktion ja dazu da sein sollte, die Arbeit der Verwaltung zu kontrollieren und ggfs. zu korrigieren, wird er mit der Aussicht auf ein solches Arbeitsverhältnis in die Schizophrenie getrieben, denn wer will es sich schon mit seinem zukünftigen Arbeitgeber verscherzen. Man müsste ihn also praktisch wegen Befangenheit von der Fraktionsarbeit ausschließen. Wer übrigens keinen solchen Vertrag von der Verwaltung bekommen hat, ist das Fraktionspersonal unserer Linksfraktion.

Wir sind eben nicht korrumpierbar.

Und deswegen werden wir uns nach unserer erfolgreichen Klage auch nicht mit einer, wie der Oberbürgermeister vorgeschlagen hat, „rheinischen Lösung“ zufrieden geben, nach der wir die Klage zurück ziehen und uns mit einer kleinen Aufstockung der Fraktionsgehälter zufrieden geben sollen. Wir bestehen auf die Umsetzung des Urteils, denn es geht nicht allein darum, dass wir finanziell ungleich behandelt und in unserer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt werden. Es geht uns vor allem um das demokratische Prinzip, dass die Fraktionen in ihrer Arbeit unabhängig bleiben und die Arbeit der Stadtverwaltung unbefangen kritisch hinterfragen und sich frei politisch positionieren können. Fraktionsmitarbeiter dürfen nicht dadurch, dass ihnen auch nach ihrer Fraktionsarbeit ein Angestelltenverhältnis bei der Verwaltung in Aussicht steht, weich gespült werden. Darüber hinaus geht es selbstverständlich auch darum, der Willkür der Verwaltung im Umgang mit uns und im Umgang mit kleinen Fraktionen im Allgemeinen einen Riegel vorzuschieben und für ein verbindliches und transparentes Verteilungssystem zu sorgen. Der Rat hat beschlossen, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Diese Berufung wird aber aller Voraussicht nach keinen Erfolg haben.

G Julia Suermondt
Stadträtin für
DIE LINKE. Krefeld

RHEINISCHE LÖSUNGEN

Unsere Klage gegen die Stadtverwaltung



In den vergangenen Jahren sind die Preise für Strom durch den Anstieg der Steuern und der Energiepreise stark gestiegen. Viele Menschen sind nicht mehr in der Lage, diese Kosten zu tragen und sind dann in letzter Konsequenz von Stromsperrungen bedroht. Während das Mietrecht hohe Hürden bei Wohnräumen vorsieht, sind Stromsperrungen rechtlich völlig unterreguliert und können ohne Gerichtsbeschluss bereits vier Wochen nach der Mahnung vollzogen werden.

Nach Zahlen der Bundesnetzagentur wurden im Jahr 2016 in Deutschland 328.000 Stromsperrungen durchgeführt und über sechs Millionen Sperrungen angedroht. In Krefeld wurden dabei nach Angaben der Stadtwerke Krefeld (SWK) 2148 Sperrungen vorgenommen und knapp 25.000 Stunden oder Ratenpläne vereinbart. Besonders betroffen von diesen Maßnahmen sind Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen und Haushalte, die bereits überschuldet sind. Dies ist wenig überraschend, denn die Ausgaben für Strom sind in den Regelleistungen seit Jahren zu niedrig angesetzt. Die hohe Zahl von Sperrungen und Sperrandrohungen zeigt, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelt, sondern um ein strukturelles Problem.

Die Zusammenarbeit der SWK mit Jobcenter, Sozialamt und Beratungsstellen in diesem Bereich (das sogenannte „Krefelder Modell“) ist sicher lobenswert, löst aber das Problem nicht. DIE LINKE. setzt

sich deshalb dafür ein, dass Stromsperrungen durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern unverzüglich gesetzlich untersagt werden. Menschen mit niedrigem Einkommen müssen in die Lage versetzt werden, sich ihren Strom leisten zu können. Die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben.

Mit einem Verbot von Stromsperrungen ist das Problem der Energiearmut für die Kundinnen und Kunden nicht unmittelbar beseitigt, denn schließlich muss der verbrauchte Strom trotzdem bezahlt werden. Aber ein existenzielles soziales Recht kann auf diese Weise garantiert werden. Die Praxis zeigt, dass ein Haushalt ohne Strom sogar eine Bedrohung für Leib und Leben ist: Immer wieder kommt es vor, dass Menschen bei Hausbränden sterben, weil sie Kerzen benutzen, um nicht im Dunkeln zu sitzen. Ein reiches Land wie die Bundesrepublik, in welchem Fernsehgeräte zum Grundbedarf gerechnet werden und so vor Pfändung geschützt sind, sollte auf soziale Ausgrenzung durch Stromsperrungen verzichten können.

Das Problem der Energiearmut wird im Wesentlichen durch die gleichbleibenden oder sogar sinkenden Lohneinkommen verursacht - die Einführung des Niedriglohnssektors und die Renten-„Reformen“ spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Ohne eine gerechtere Verteilung von

STROMSPERREN: WENN LICHT UND WÄRME ZUM LUXUS WERDEN

Einkommen und besseren sozialen Sicherungssystemen ist der Energiearmut nicht beizukommen. Gleichzeitig aber muss der Preistreiberei bei den Strompreisen ein Ende gesetzt werden. DIE LINKE. im Bundestag fordert daher u.a. eine Absenkung der Stromsteuer und ein Sockel-Tarifmodell für Strompreise, das den Grundpreis abschafft und stattdessen entgeltfreie Grundkontingente einführt. Auf diesem Wege werden Haushalte mit geringem oder durchschnittlichem Verbrauch entlastet und Vielverbraucher belastet.

Wer konkret von einer Stromsperrung bedroht ist, sollte eine Beratungsstelle aufsuchen und sich dazu informieren. In Krefeld bieten unter anderem der SkF (Dionysiusplatz 22, Tel.: 02151-62910) oder das ALZ (Westwall 32, Tel.: 02151-773518) Beratungen dazu an.

RF Peter Proff
Stellvertretender
Geschäftsführer der
Ratsfraktion DIE LINKE. Krefeld

SOLIDARITÄT MIT AFRIN AUCH IN KREFELD

Am 20.01.2018 überfielen die türkische Armee und verbündete islamistische Milizen den kurdischen Kanton Afrin in Rojava (Nordsyrien). Für DIE LINKE ist dies ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Alle Bundestagsfraktionen haben die Invasion mittlerweile verurteilt, nur die Protestlosigkeit der Bundesregierung bleibt unüberhörbar. Unsere Bundestagsfraktion hat sich klar gegen die verbrecherischen Angriffe und gegen die deutschen Waffenlieferungen an das AKP-Regime gestellt.

Auch DIE LINKE. Krefeld schweigt nicht. Kreisverband und Ratsfraktion haben sich seit der ersten Krefelder Kundgebung für die Menschen in Afrin an allen drei Demonstrationen beteiligt.

Seit seiner Gründung gehören wir dem Krefelder „Solidaritätskreis für Afrin“ an. Am 30.01.2018 folgten gut 170 Menschen seinem Aufruf zur Mahnwache für Frieden in Afrin. Ein großes Friedenszeichen aus Kerzen wurde auf dem Neumarkt gebildet, der Krefelder Friedenschor und ein kurdischer Musiker sangen Friedenslieder.

Die am Solidaritätskreis beteiligten Organisationen hielten Reden. Neben u.A. der Sprecherin des Krefelder Friedensbündnis, einem Vertreter des Solidaritätshauses (der Förderung der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei DIDF), der DKP Krefeld und der Krefelder Amnesty Gruppe sprach auch Stephan Hagemes, Sprecher des Kreisverbands DIE LINKE. Krefeld.

Er wies unter Anderem auf die Vorgeschichte des Überfalls hin: Der mittlerweile mit diktatorischen Vollmachten regierende Präsident Erdogan hatte im Herbst 2015 den Waffenstillstand mit der kurdischen PKK beendet. Seitdem führt seine Armee einen grausamen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung und diesen nun zu einem neuen Höhepunkt. Nicht nur im Verbund mit Islamisten und mit Bomben, die Invasion wird auch mit deutschen Leopard II-Panzern geführt.

Der Solidaritätskreis für Afrin lehnt die Waffenexporte, besonders die Panzerverkäufe an die türkische Regierung ab.

Die zweite Demonstration zog am 07. Februar durch die Krefelder Innenstadt. Vielen der ca. 150 Demonstrant*innen war die Empörung über den Kriegsterror in Afrin und die Wut über dessen Verursacher Erdogan deutlich anzumerken.

Zielbewusst richtete sich am 15. Februar die dritte Friedensdemonstration gegen Rheinmetall am Neuen Weg. Denn der Rüstungskonzern ist an den Panzerdeals mit der türkischen Regierung maßgeblich beteiligt.

An allen Aktionen nahmen auch Krefelder Flüchtlinge aus Afrin teil. Sie sind in Sorge um ihre Angehörigen in dem angegriffenen Kanton. Dort lebten ca. 1,5 Millionen Menschen aus ganz Syrien bis zum 20.01.2018 in Frieden. Doch das war VOR dem Angriff des NATO-„Partners“ Erdogan.

KV Stephan Hagemes
Sprecher des Kreisverbands
DIE LINKE. Krefeld

DIE LINKE. BEI ALLEN AKTIONEN DABEI

[rubrik]ziemlich

Ach was!
Und wo
bitte
kauft
die AfD
ihren
Döner?
Beim
arischen
Metzger?
Und
wie das
dann
wohl
heißen
mag:
Teutonisches
Fleischmassaker
mit Sauerkraut
und
Kartoffeln
in weißem
Brötchen?
[Anmerkung
des
Layouters]

Überall in der Welt, in Europa und in Deutschland wird über den Kampf gegen Rechtspopulismus und Rassismus diskutiert. In der letzten Zeit wird auch in Krefeld viel über Rechtspopulismus geredet und es gibt Aufrufe dagegen.

Die AfD stellte im Februar auf ihrer Veranstaltung in Krefeld die Parole vor:

„Kauf keinen Döner bei Türken“

Begründet hat die rechtspopulistische Partei dies damit, dass angeblich alle Türken Erdogan unterstützen und dieser Aufruf sich dagegen richtet. Wenn es den Rechten tatsächlich um Erdogan ginge, müsste die AfD die deutsche Regierung auffordern, ihre Unterstützung für Erdogan einzustellen und keine Waffen und Geld mehr zur Verfügung zu stellen. Die größte Unterstützung der türkischen Regierung kommt von Angela Merkel. Hinter diesem Aufruf steckt in Wahrheit Rassismus und der Versuch, die Gesellschaft zu spalten.

Man muss natürlich diesen Aufruf bekämpfen, genauso wichtig ist aber der Kampf gegen jegliche Spaltung und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, um so Rechtspopulismus und Rassismus den Boden zu entziehen. Armut, soziale Ungleichheit, mangelnder Wohnraum, prekäre Arbeit, Rente, Bildung und viele andere Probleme in der Gesellschaft werden von Rechtspopulisten genutzt, um die Gesellschaft zu spalten. Dabei werden die Menschen mit Migrationshintergrund als Ursache dargestellt. Tatsächlich ist aber das kapitalistische System die Ursache für Ungerechtigkeit und andere soziale Probleme.

Was können wir in Krefeld dagegen tun?

Es muss in Krefeld ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander gefördert werden. Dafür ist eine systematische Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund notwendig. Antirassistische und Anti-Gewalt-Arbeit an Schulen muss gefördert werden. Ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, das der Abschottung und sozialkulturell bedingter Ghettobildung entgegenwirkt, muss her. In diesen Bereichen fehlt aber der politische Wille.

RECHTS POPULISMUS BEKÄMPFEN! ABER WIE?

Wie der Öffentlichkeit bekannt ist, hat die SPD-Jugend an AfD-Abgeordnete Döner verschenkt und so den Aufruf der AfD „Kauf keine türkischen Döner“ kritisiert. Man kann den Rechtspopulismus aber nicht nur mit einer „Döner-Aktion“ bekämpfen.

Man kann Rechtspopulismus auch nicht durch ein Bündnis der Ratsparteien bekämpfen. Wir sind natürlich für Bündnisse gegen jeden Nationalismus und Rassismus, ob von deutsch- oder türkischstämmigen Rechten. Rechtspopulismus ist aber ein gesellschaftliches Problem und muss auch als solches bekämpft werden. Ein Bündnis dafür gibt es in Krefeld schon seit langem: Das „Bündnis für Toleranz und Demokratie“, in dem auch wichtige gesellschaftliche Organisationen mitarbeiten.

Man muss die Ursachen bekämpfen und die Probleme öffentlich benennen und anpacken. In Krefeld und Umgebung sind viele Menschen mit Migrationshintergrund von Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und anderen sozialen Ungerechtigkeiten betroffen.

Das Ausländeramt ist noch dazu eine Katastrophe: Ausländer dürfen nicht in Urlaub fahren, weil sie die dazu notwendigen Papiere nicht bekommen. Wenn es so weiter geht, wird dies im Sommer katastrophale Folgen haben. Von daher muss es eine vorübergehende Lösung geben. Sogenannte „Schnellschalter“ müssen sofort eingerichtet werden. Personal darf nicht abgebaut, sondern muss ausgebaut werden.

KV Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion
DIE LINKE. Krefeld



BILDUNGSNOTSTAND IN DER GRUNDSCHULE

Die Leistungen von Viertklässlern in Deutschland sind in den Keller gegangen. Zwar können sie nicht schlechter lesen als vor 5 Jahren, aber besonders beim Zuhören, in der Rechtschreibung und in Mathematik ist das Niveau gesunken. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die die Kultusministerkonferenz in Auftrag gegeben hatte.

Nach den Ursachen wurde nicht lange gesucht. Die heterogene Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler sei eine große Herausforderung für die Länder. Im Klartext: Schuld sind die gestiegene Zahl der Zugewanderten und die Inklusion. „Der Trend geht nach unten“, so Susanne Eisenmann (CDU), Präsidentin der KMK. Nun ist es nicht schwer, sich vorzustellen, dass steigende Klassenfrequenzen durch Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und zusätzlich ein höherer Anteil von Kindern mit Förderbedarf irgendwie Auswirkungen auf die Lernsituation in den Klassen hat. Das kommt überraschend? Nein. Mir hat eine Kollegin aus Krefeld erzählt, dass sie in ihrer Klasse (Sek I) 30 Kinder hat, davon drei teilweise stark traumatisierte Flüchtlings-Kinder, die nur sehr schlecht die deutsche Sprache verstehen und drei Kinder, die inklusiv beschult werden. Solche Zustände sind für alle Beteiligten, Kolleg*innen, Schüler*innen und Eltern eine Zumutung. Schnell werden dann

Schulzuweisungen vorgenommen: „die Flüchtlinge und die Inklusion sind verantwortlich“. Nein, die Schulpolitik hat versagt! Inklusion und die Beschulung von teilweise traumatisierten Kindern erfordern deutlich kleinere Klassen. Das kostet Geld.

Die hierbei entstehenden Probleme auf die Lehrerinnen und Lehrer abzuwälzen, wird ein weiteres Problem verschärfen: den Mangel an Lehrkräften vor allem in den Grundschulen. Seit Jahren bahnt sich hier ein Notstand an. Schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung sind kein Anreiz für Studierende, diesen Beruf zu ergreifen. Bessere Besoldung und bessere Arbeitsbedingungen werden sicher auch hier die Motivation für die Berufswahl erhöhen.

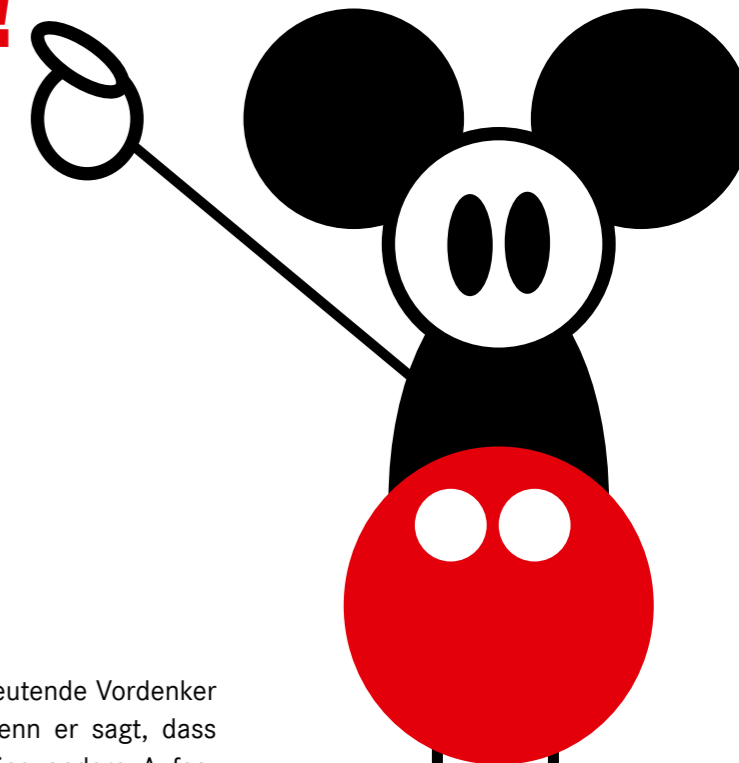
Was sind unserer Gesellschaft unsere Kinder wert? Die Antwort auf diese Frage lässt sich auch an der Bildungspolitik ablesen. Bildung muss absolute Priorität haben und darf nicht im Bildungsnotstand enden. Eltern, die Geld genug haben, um ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken, werden nicht für eine bessere Ausstattung der Schulen kämpfen. Deshalb müssen wir für eine bessere Bildung kämpfen, unsere Kinder haben ein Recht darauf.

RF Heidrun von der Stüeck
Sitz für die DIE LINKE. Ratsfraktion
im Schulausschuss



„In Integrationsklassen kommt es bei deutlich besserer Förderung der behinderten Kinder keinesfalls zu einer Leistungsbeeinträchtigung der normalentwickelten Kinder. Im Gegenteil: Die normalentwickelten Kinder profitierten vielfach in ihrer Entwicklung vom pädagogischen Arrangement der Integrationsklassen ... Es darf als gesichert gelten, dass der Unterricht in heterogenen Gruppen das fachliche und soziale Lernen sowohl der Starken wie auch der Schwachen befördern kann.“ (Karl Dieter Schuck, Unterricht in heterogenen Gruppen)

MAUSFELD FÜR ALLE!



Selten bin ich nach einem Vortrag so beschwingt, ja glücklich nach Hause gegangen. Ich hatte wieder mehr verstanden von dem komplizierten Zustand unserer Welt, konnte Lücken füllen in meinem sozialistischen Weltverständnis, wow!

Das Thema war: „Neoliberale Demokratie: Subventionsstaat für die Reichen - Repressionsstaat für den Rest.“ Eindeutiger und knapper kann man Professor Mausfelds Position kaum formulieren, und ich ahnte, hier wird Tacheles geredet. So wars denn auch. Vollkommen verständlich und einleuchtend wurden die Ursachen genannt für Kriege, Finanzkrisen, Sparprogramme der Regierungen und Steuerwohltaten für die Reichen, zu suchen in der ökonomischen Situation des Spätkapitalismus. Zur „Revolutionsprävention“, sprich damit die Ausgebeuteten und Unterdrückten still halten, gibts ein ausgeklügeltes System der Manipulation und heimlichen Unterdrückung Andersdenkender, z.B. durch Umdeutung von Begriffen in ihr Gegenteil, wie z.B. bei „Reform“, „Gutmenschen“, „Verschwörungstheorie“. Wobei die Mainstreampresse natürlich kräftig mitzieht. Es wird schon klar, dass Neoliberalismus und Demokratie sich ausschließen, und Maus-

feld beruft sich auf bedeutende Vordenker (hier: David Harvey), wenn er sagt, dass der Neoliberalismus keine andere Aufgabe hat als alte Machtverhältnisse wieder herzustellen und die Umverteilung von unten nach oben voranzutreiben. Er erläutert auch die Begriffe „links“ und „rechts“ sowie „Klassen“ und ermutigt dazu, an ihnen festzuhalten.

Erwähnt werden sowohl die Vordenker des Neoliberalismus als auch deren Kritiker, und ich dachte: Was für eine große Klarheit und Verständlichkeit, und plötzlich weiß man, warum Bomben auf Syrien fallen, Nordafrika destabilisiert wird und wir „sparen“ müssen.

Der Initiator und Moderator des Abends in Mönchengladbach, Dr. Günter Rexilius, Aktivist im Verien „Ärzte gegen den Atomkrieg“, stellte Professor Mausfeld zurecht in die Reihe der wichtigsten linken Denker unserer Zeit, und ich hoffe nur, dass sehr viele ihn hören und lesen.

Mausfeld für alle! Danke, Professor Mausfeld!

G Rita Suermond
Historikerin

**DIE
LINKE.
KRE-
FELD-
GIBT
SICH
DIE
EHRE**

FRÜHLINGS EMPFANG

SAMSTAG, 17. MÄRZ 2018 UM 19:00 UHR

IM WIENGES NEUSSER STR. 55, 47798 KREFELD

**MIT BUFFET UND
EINEM VORTRAG VON
ERHARD BECKERS
ZUM THEMA ARMUT**

WER HAT'S GEMACHT?

Schreiberlinge: Heidrun von der Stück, Peter Proff, Rita Suermond
Basri Cakir, Stephan Hagemes und Julia Suermond

Layout: Herrje

Redaktion: Julia Suermond

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1, 47798 Krefeld, Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband, Heidrun von der Stück,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld, Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

KV Ein Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE.

RF Ein Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE.

G Ein Gastartikel

**IN-
TER-
NATI-
ONAL-
LER
FRAU-
EN-
TAG**

Wie jedes Jahr organisiert der Kreisfrauenausschuss des DGB zum Internationalen Frauentag eine Veranstaltung. In diesem Jahr geht es um den Pflegenotstand.

**10. März
2018 um
16:00 Uhr
[Einlass:
15:30 Uhr]**

**Bischof-
Sträter-Haus
Cornelius-
straße 22
Krefeld**

Es gibt ein buntes Programm, ein kleiner Imbiss wird ebenfalls angeboten.

**Der Eintritt
ist frei.**

**MEHR VON UNS - IST BESSER FÜR ALLE!
PFLEGENOTSTAND - WAS TUN?**

WAS GEHT AB?

DIE LINKE.